

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Während des Ersten Weltkrieges kam es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen. Im Mittelpunkt standen die „Burgfriedenspolitik“ der Parteiführung (Zurückstellung der innenpolitischen Konflikte während des Krieges) und die mehrheitliche Zustimmung der Reichstagsfraktion der SPD zu den Kriegskrediten. Die Partei spaltete sich in die linksstehende „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD), die die Politik der Parteiführung und der Reichstagsfraktion ablehnte, und die sogenannte „Mehrheitssozialdemokratische Partei“ (MSPD). Am 17. April 1917 beschloss die Mehrheit der Solinger SPD, der neugegründeten USPD beizutreten.

Anders als auf Reichsebene oder in anderen deutschen Städten war die USPD damit in Solingen die beherrschende Arbeiterpartei, die seit Herbst 1917 mit den Redakteuren August Christmann und Hermann Merkel auch die Ausrichtung der Bergischen Arbeiterstimme (BAST) bestimmte. Größter Wahlerfolg der USPD waren die Stadtverordnetenwahlen am 2. November 1919, als sie in den späteren Stadtgemeinden der Großstadt Solingen 52,1 % der Stimmen erzielte.

Nach der Novemberrevolution 1918 und der Ausrufung der Republik konstituierte sich im Reich um die Jahreswende 1918/1919 aus einem Zusammenschluss des „Spartakusbundes“ mit kleineren linksradikalen Gruppen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). In Solingen fand diese vor allem unter den Mitgliedern und Wählern der USPD, in der sich die „Spartakisten“ seit 1918 als Untergruppe zusammengefunden hatten, Anhänger. Einer der Protagonisten war der spätere Parteiführer der KPD Hermann Weber. Mit einer eigenen Liste trat die KPD erstmals zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 an, Kandidat für Solingen war Paul Franken. Bei der Wahl erzielte die KPD allerdings nur 1,4 % der Stimmen (USPD 43,4 %).

Am 4./5. September 1920 stimmte die große Mehrheit der Solinger USPD für den Anschluss an die „Dritte“ oder „Kommunistische Internationale“ (KI) in Moskau. Vorübergehend nannte man sich nun „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“ (VKPD), die BAST wurde zum „Organ der VKPD, Sektion der 3. Internationale“. Geschäftsführer der VKPD in Alt-Solingen war zunächst Hermann Weber, der jedoch von der KPD bald nach Barmen und später nach Hamburg und Mannheim geschickt wurde. Der unterlegene rechte Parteiflügel der USPD um Hermann Merkel verweigerte die Linkswendung und trat später wieder der SPD bei.

Seit dem Übertritt der USPD war die KPD die dominierende Arbeiterpartei im Solinger Industriebezirk. Bei der Landtagswahl vom 20. Februar 1921 erzielte sie 33,3 % der Stimmen und konnte diesen hohen Anteil bis zur Reichstagswahl vom 6. November 1932 auf 41,4 % steigern. Diese dominierende Position der KPD am Ende der Weimarer Republik machte Solingen zu einer Ausnahme unter den deutschen Großstädten. Die KPD war von ihrem Selbstverständnis keine demokratische Partei und bekannte sich auch nicht zum Weimarer Staat oder seiner Verfassung. Sie erstrebte eine revo-

lutionäre Veränderung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse, ein Staatswesen nach sowjetischem Muster. Der Kurs der Solinger Partei wurde oft genug vom Zentralkomitee in Berlin oder von Moskau aus bestimmt. In Solingen waren es neben dem hauptamtlichen Parteisekretär (in der ersten Hälfte der 1920er Jahre Karl Klink) die Redakteure der BAST, die die vorgegebene politische Richtung umzusetzen hatten.

Eine besondere Form des politischen Protestes waren die von der KPD getragenen Aktionen der Erwerbslosen: Als am 17. November 1923 in Ohligs Erwerbslose von den Stadtverordneten die Erhöhung der Unterstützungssätze verlangten, schoss die Schutzpolizei in die aufgebrachte Menge und tötete zwei Arbeiter. Die Beerdigung der Opfer des „Schwarzen Samstags“ wurde mit 40.000 Menschen zu einer der größten Demonstrationen in Geschichte des Solinger Bezirks.

Im Januar und Februar 1924 kam es in der Solinger Industrie mit Unterstützung der KPD zu einem erneuten Generalstreik mit Beteiligung von bis zu 20.000 Arbeitern. Die Arbeitsniederlegung endet mit einer verheerenden Niederlage der Streikenden: per Schiedsspruch wurde die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 57 ½ Wochenstunden heraufgesetzt. Der „Solinger Industriearbeiterverband“, die Gewerkschaft der Heimarbeiter, war praktisch bankrott und ging 1925 im „Deutschen Metallarbeiterverband“ (DMV) auf.

Die Jahre 1924 bis 1928 waren in Alt-Solingen politisch von einer Art „Modus Vivendi“, einer Übereinkunft des verträglichen Zusammenlebens, unter dem auf Ausgleich bedachten liberalen Bürgermeister August Dicke geprägt. Obwohl seit 1924 eine absolute Mehrheit des „Solinger Bürgerblocks“ im Stadtparlament bestand, wurde der Kommunist Ernst Hahnenfurth im August 1924 zum Beigeordneten gewählt. Der ultralinke Kurs des Zentralkomitees der KPD unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow, der seit 1924 in der SPD den Hauptgegner sah, fiel in Solingen milder aus als in anderen Teilen des Reichs, spiegelt sich noch am ehesten in der Besetzung der Redakteursposten der BAST wider. Das Verhältnis zur SPD entspannte sich nach 1924 vorübergehend, gelegentlich kam es in der Politik und bei den Gewerkschaften zur Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien. In diese Zeit fällt der wohl größte politische Erfolg der KPD in den Weimarer Jahren, als es ihr zusammen mit der SPD im Juni 1926 gelang, im Volksentscheid über die Fürstenenteignung 61,1 % der Solinger Wähler für die Enteignung zu gewinnen. Repräsentant der ausgleichenden Politik der KPD war der Intellektuelle Ernst Becker, der im Herbst 1926 Redakteur der BAST und Leiter des Unterbezirks Solingen wurde.

Die KPD befürwortete die Großstadtbildung Solingens. Diese stand seit 1926 auf der politischen Tagesordnung, scheiterte 1927 zunächst einmal mit einem politischen Skandal sowie dem Rücktritt Dickes und wurde dann 1929 per Gesetz verwirklicht. Die auf Geheiß der Kommunistischen Internationale 1928 zu vollziehende Linkswendung der KPD wurde in Solingen nicht von allen Parteimitgliedern mitvollzogen. Die Kritiker der Parteilinie um Ernst Becker und den Gewerkschafter Walter Rautenbach wurden Ende

1928/Anfang 1929 aus der Partei ausgeschlossen, Becker als Chefredakteur der BAST entlassen. Die Gruppe schloss sich daraufhin der „Kommunistischen Partei-Opposition“ (KPO) an, erreichte aber in Solingen nie mehr als den Status einer Splittergruppe. Die Mehrheit der Parteimitglieder und Wähler blieb der KPD in traditioneller Disziplin verbunden. Als Parteiführer und Chefredakteur der BAST folgte auf Ernst Becker Hermann Weber, ein kompromissloser Befürworter der offiziellen Parteilinie, der zur Disziplinierung der Mitglieder vor dem verordneten Mittel von Parteiausschlüssen nicht zurückschreckte.

Im Zuge der Linkswendung stellte Weber seit 1929 den Kampf um die Vorherrschaft in den Gewerkschaften und gegen die SPD, die als „Sozialfaschisten“ diffamiert wurden, in den Mittelpunkt der politischen Aktivitäten der KPD. Nach Erfolgen der kommunistisch bestimmten Gewerkschaftsopposition bei den Ortsverwaltungswahlen im Frühjahr 1929 eskalierte der Streit innerhalb der Gewerkschaften, die Solinger Gewerkschaftsführer wurden von der SPD-dominierten Zentrale des DMV in Stuttgart abgesetzt und durch SPD-Kommissare ersetzt. Die kommunistischen Kräfte formierten sich im Sommer 1930 als „Einheitsverband der Metallarbeiter“ neu, der der „Roten Gewerkschaftsopposition“ (RGO) angeschlossen war. Die Solinger Gewerkschaften, bei denen der DMV stärkste Kraft blieb, waren durch diese Spaltung weitgehend paralysiert. Die bis 1933 durchgeführten Streiks mündeten zumeist in schweren Niederlagen. Einen Streik der sozialdemokratischen Drucker bei der BAST nahm die KPD im März 1929 zum Anlass für deren Aussperrung und Entlassung. Die BAST selbst wurde ab dem Frühjahr 1930 in Düsseldorf gedruckt, behielt aber eine Solinger Lokalredaktion. Die Spaltung der Gewerkschaften setzte sich in der Spaltung der Solinger Arbeitervereine fort. Seit Mai 1929 kam es im Zuge des Vorgehens der Preußischen Regierung gegen die KPD auch in Solingen zu Haussuchungen bei KPD-Funktionären und von Partei- und Redaktionsbüros.

In der Kommunalwahl vom 17. November 1929 standen die KPD und die SPD, die sich gegenseitig heftig befehdeten, der „Bürgerlichen Wahlgemeinschaft“ aus Deutschnationaler Volkspartei (DNVP); Deutscher Volkspartei (DVP), Deutscher Demokratischer Partei (DDP), dem katholischen Zentrum und der Wirtschaftspartei gegenüber. Die KPD erreichte 33,9 %, die SPD 13,7 % und die Bürgerliche Wahlgemeinschaft 34,4 % der Stimmen. Die Wahl des ersten Oberbürgermeisters der Klingenstadt war nur durch eine Mehrheitsfindung über Koalitionen möglich.

In der ersten Sitzung des neue gewählten Stadtrates appellierte der KPD-Abgeordnete Karl Küll: „Wir wissen, daß die Stadtverwaltung nur ein Teil des kapitalistischen Staatsapparates ist, der von der Bourgeoisie und ihren sozialfaschistischen Lakaien ausgenutzt wird zur Unterdrückung der Arbeiterschaft (...). Zur Durchführung dieses Plans wird sich eine Einheitsfront von den Vertretern der Bourgeoisie bis zu den Sozialdemokraten und dem Vertreter der Renegaten [der Abgeordnete der KPO] bilden. Wir appellieren an dieser Stelle an die Arbeiterschaft von Groß-Solingen, uns außerparlamentarisch in unserem Kampfe für die Interessen der arbeitenden Schichten zu unterstützen.“ (BAST v. 11.12.1929) Tatsächlich setzte die KPD in der Folgezeit auf

den Druck der Straße, auf die direkte Aktion, und rief zu Demonstrationen auf, um ihre Zielsetzungen zu unterstützen. So auch zur Durchsetzung der Winterbeihilfe für Erwerbslose, die kurz vor Weihnachten 1929 mit der Mehrheit der Stadtverordneten angenommen wurde.

Im Vorfeld der anstehenden Wahl des Oberbürgermeisters kam es aufgrund der tiefen Gräben zwischen den Parteien weder zu Wahlbündnissen zwischen KPD und SPD noch zwischen SPD und Bürgerlichen. In einem politischen Ränkespiel ohnegleichen wurde der Kommunist Hermann Weber dann jedoch am 22. Januar und am 25. März 1930 gleich zweimal mit den Stimmen von KPD, SPD und KPO zum ersten kommunistischen Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt gewählt. Nach der ersten Wahl verweigerte Weber die Unterzeichnung einer ihm staatlicherseits vorgelegten Loyalitätserklärung und wurde von der Preußischen Regierung nicht bestätigt. Nach der zweiten Wahl setzte die Preußische Regierung an seiner Stelle den Sozialdemokraten Josef Brisch als Staatskommissar ein und schaltete damit die kommunale Selbstverwaltung aus. Bei der Wahl Webers hatte die SPD offensichtlich auf dessen Nichtbestätigung gesetzt, die KPD hingegen hatte wohl nie mit seiner Bestätigung gerechnet. Ihr war es in erster Linie um die Diskreditierung der SPD bestellt gewesen. Ohnehin schien man der Frage aufgrund der Erwartung einer bald bevorstehenden Revolution wenig Bedeutung zu schenken, wie Hermann Weber am 22. Jan. 1930 nach seiner ersten Wahl zum Oberbürgermeister in einer Rede andeutete: „Wir hoffen, daß diese Krise des Kapitals die letzte sein wird, und es uns gelingt, die Mehrheit der Werk tätigen auf dem Weg des proletarischen Klassenkampfes zum Kampf für die proletarische Diktatur zu führen und daß bald ein Sowjetdeutschland errichtet wird, in dem die Werk tätigen, gestützt auf die Macht der siegreichen proletarischen Revolution, selbst über ihre Geschicke bestimmen können.“ (BAST v. 23.1.1930) Politische Anstrengungen zur Durchsetzung der Wahl Webers unternahm die KPD nicht.

In der Folge verlor die Stadtverordnetenversammlung aufgrund der „Regierungsweise“ von Oberbürgermeister Brisch, der sich auf wechselnde Mehrheiten oder Geschäftsordnungstricks stützte, fast völlig an Bedeutung. Die von der KPD angestrebten Kraftproben gingen sämtlich verloren, ein 1931 per Urabstimmung angestrebter Streik gegen die Senkung der Löhne der städtischen Straßenbahner, bislang politisch besonders der KPD verbunden, misslang. Der Historiker Volker Wunderlich schreibt: „So ließ die Krise eine weitgehend entmobilisierte Arbeiterbewegung ohne politische Perspektiven zurück; über die dann der Faschismus hereinbrach.“

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kam es sehr schnell zu ersten Maßnahmen gegen die KPD, deren Aufruf zum Massenstreik nirgendwo im Reich Erfolg hatte. Die BAST wurde wegen der Veröffentlichung des Aufrufs und wegen Verächtlichmachung des Reichskanzlers zunächst wochenweise, dann am 27./28. Februar endgültig verboten. Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, der unabhängig von der tatsächlichen Täterschaft den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurde, setzten mit der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ ab dem 28. Februar willkürliche Verhaftungen gegen Kommunisten und

Sozialisten ein. Auch in Solingen gehörten die Funktionäre und Aktivisten der KPD zu den ersten Opfern des NS-Staates. In den nicht mehr freien Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag vom 5. März 1933 erreichte die KPD noch einmal jeweils 35,9 % der Stimmen, bei der Kommunalwahl vom 12. März 1933 immerhin noch 31,6 %. Vor Zusammentritt der Versammlung wurden die KPD-Stadtverordneten jedoch wegen des „Verdachts auf Hochverrat“ am 22. März 1933 ausgeschlossen. Am 2. Mai 1933 wurden auch in Solingen – wie überall im Reich - die Gewerkschaften zerschlagen.

Die von den ersten Massenverhaftungen bereits geschwächte KPD versuchte in den folgenden Jahren, ihre Parteiorganisation auch in der Illegalität aufrechtzuerhalten. Flugblätter und Zeitungen wurden gedruckt, Mitgliedsbeiträge auch weiterhin kassiert. Mittels zahlreicher Verhaftungen und einer Vielzahl von Prozessen gelang es den Nationalsozialisten jedoch in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, den kommunistischen Widerstand in Solingen fast vollständig zu brechen. Versuche, den Widerstand erneut zu beleben, blieben Anfang der 1940er Jahre ohne größeren Erfolg und wurden zu meist aufgedeckt. Viele Kommunisten bezahlten ihren Widerstand mit Verhaftungen, Folter, langen Haftstrafen oder dem Verlust ihres Lebens. Einige suchten Exil in den westlichen Nachbarländern, kämpften für die Republik in Spanien oder flohen in die Sowjetunion. Mehrere führende Solinger Kommunisten wurden dort zu Opfern der stalinistischen Säuberungen.

An der friedlichen Übergabe der Stadt Solingen an die Amerikaner hatten einzelne Kommunisten im April 1945 großen Anteil. Am 8. Februar 1946 wurde der Kommunist Albert Müller von den Briten zum Oberbürgermeister von Solingen ernannt. In den Nachkriegsjahren konnte die KPD jedoch bis zum Verbot der Partei im Jahre 1956 nur noch zum Teil an ihre früheren Erfolge anknüpfen. Bei der Kommunalwahl 1946 erzielte man 22,9 % der Stimmen (CDU 28,7 %; SPD 28,1 %), 1948 waren es 20,9 % (SPD 28,6 %, CDU 25 %) und 1952 noch 17,9 % (SPD 32,3 %; CDU 23,6 %).

Armin Schulte

—

Literatur:

Volker Wunderlich: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.

Änne Wagner: Gegen den Strom? Lebenserinnerungen 1904 – 1945, bearbeitet von Ralf Rogge, Solingen 2000.

Armin Schulte: „Man soll mich nur nicht vergessen!“ Stolpersteine in Solingen. Schicksale 1933-1945, Solingen 2000: Schicksale von Heinrich Benz, Fritz Bergmann, Ernst Bertram, Georg Bethke, Edmund Boes, Ernst Buschmann, Hans Debus, Artur Deichmann, Theodor Dies, Wilhelm Franz, Adolf und Arnold Freireich, Paul de Groot, Willi Haas, Max Hammerstein, Emil Heyer, Artur Hönemann, Anna und Julius Kaupe, Arthur Kirschbaum, Tilde Klose, Walter Koch, Wilhelm Kratz, Emmi und Max Leven, Willi Mertgen, Felix Meschkuleit, Lina und Ernst Moll, Albert Müller, Willi Müller, Ewald Peininger, Wilhelm Reeks, Werner Reinhardt, Paul Schürmann, Alex Uessler, Fritz Wege, Franz Wenders, Ernst Wittke.